

s.A.123.21.- KR/md.

Vertraulich
ConfidentielNationalrätliche Kommission
für auswärtige AngelegenheitenCommission du Conseil national
pour les affaires étrangères

P r o t o k o l l

der

Sitzung vom 23./24. November 1955

Parlamentsgebäude, Zimmer III

B e r n

P r o c è s - V e r b a l

de la

séance du 23/24 novembre 1955

Palais du Parlement, Salle III,

B e r n e

Vorsitz - Président: Herr Nationalrat Bretscher (Zürich).

Anwesend sind die Herren Nationalräte - Sont présents MM. les Con-
seillers nationaux: Buri, de Courten, Dietschi-Soleure, Frei,
Grimm, Oprecht, Rusca, Schmid-Soleure.

Ferner sind anwesend - Sont également présents: M. Petitpierre,
Président de la Confédération, Chef du Département politique; M. le
Ministre Micheli, Chef de la Division des Organisations internatio-
nales du Département politique; Herr Legationsrat Koenig vom Poli-
tischen Departement.

Sekretariat - Secrétariat: M. René Keller, Chef du Service d'In-
formation et de Presse du Département politique.



- Tagesordnung:
1. Orientierendes Referat von Herrn Bundespräsident Dr. Max Petitpierre über die internationale politische Lage.
 2. Internationale Hilfswerke. Weiterführung.
 3. Bericht der Subkommission.
 4. Kulturelle Beziehungen mit den Oststaaten.
 5. Fragen der Mitglieder.

- Ordre du jour:
1. Exposé de M. Max Petitpierre, Président de la Confédération, sur la situation politique internationale.
 2. Oeuvres d'entraide internationale. Poursuite.
 3. Rapport de la sous-commission.
 4. Relations culturelles avec les pays de l'Est.
 5. Questions posées par les membres.

23.XI. - Beginn - Début : 18.00

Herr Bretscher teilt mit, dass die Herren Condrau und de Senarclens sich entschuldigt haben und dass Herr Dietschi am nächsten Tag der Sitzung nicht wird beiwohnen können.

Herr Peitrequin glaubte, dass seine Nichtwiederwahl seine Stellung als Kommissionsmitglied berühre. Er hat sich von dieser Auffassung, die für die Sudan- und die heutige Sitzung nicht zutrifft, nicht abbringen lassen.

Zur Tagesordnung: Aus praktischen Gründen fangen wir mit Punkt 3 und 4 an.

Herr Oprecht: Zu den Aufgaben der Subkommission gehörte die Abklärung des Verhältnisses, das zwischen unsern kulturellen Beziehungen mit dem Ausland und dem Departement des Innern besteht. Dem Politischen Departement untersteht lediglich die Unesco-Kommission, Pro Helvetia hingegen dem Departement des Innern, obschon die Stiftung einen Teil ihrer Tätigkeit im Ausland ausübt. Die Subkommission hat sich gewundert, dass anscheinend im Einvernehmen mit dem Departement des Innern das Finanzdepartement die Bundessubvention an die Pro Helvetia von 500'000 Fr. für das Ausland und 500'000 Fr. für das Inland auf 500'000/400'000 Fr. reduzierte. Es ist schlussendlich Sache des Departementes des Innern, doch dürften sich Mitglieder der aussenpolitischen Kommission bei der Finanzkommission für eine Erhöhung auf 500'000 Fr. verwenden.

Das Verhältnis zwischen Pro Helvetia und der Unesco-Kommission war ebenfalls abzuklären. Es besteht wohl ein Koordinationskomitee, doch wäre es wünschenswert, wenn auch direkte Beziehungen des Politischen Departementes mit Pro Helvetia hergestellt werden könnten. Das Politische Departement und das Departement des Innern sind diesbezüglich grundsätzlich einverstanden.

Betreffend Gründung eines "Maison suisse" in Paris scheint ein Bedürfnis zu bestehen. Die Schweizerische Handelskammer

in Paris wird nun den Fragenkomplex behandeln, so dass wir uns mit diesem nicht mehr werden befassen müssen.

Eine weitere Frage: Von wem können die schweizerischen Mitglieder internationaler Organisationen, die der Unesco angehören, Beiträge erhalten? Die Unesco-Kommission verfügt über 40'000 Fr. Das Politische Departement und das Departement des Innern haben kein Geld für solche Zwecke. Das Departement des Innern ist kürzlich dazu übergegangen, von Fall zu Fall und vorläufig versuchsweise den beim Finanzdepartement zur Verfügung stehenden Kredit für Unvorhergesehenes in Anspruch zu nehmen.

Bei den eidgenössischen Räten ist die Stimmung für die Unesco nicht gut. Es wäre daher ratsam, wenn den Räten über die Tätigkeit der Unesco-Kommission regelmässig Bericht erstattet werden könnte, um deren Verständnis zu fördern.

Die Eidgenossenschaft lehnt den Abschluss kultureller Verträge ab, wogegen die Unesco solche empfiehlt. Die parlamentarische Union fasste in Helsinki ebenfalls eine in diesem Sinne gehaltene Resolution. Die aussenpolitische Kommission möge vom Politischen Departement einen Bericht verlangen über die prinzipielle Haltung des Bundesrates.

Das "Centre européen de la culture" in Genf, eine gemäss Art. 60 ZGB seit 1950 bestehende private Organisation, widmet sich kulturellen Fragen, die nicht nur europäisch, sondern auch interkontinental sein können. Ein Beitrag des Bundes wäre gerechtfertigt. Deutschland zahlt 50'000 Fr., Frankreich wird 1956 3 - 4 Millionen französische Franken leisten, Italien wird diesem Beispiel im selben Umfang folgen. Dabei üben diese Ländern keinen Einfluss auf die Organisation aus. Herr van Zeeland von der BIZ in Basel hatte die Idee, Goldmünzen prägen und den erzielten Gewinn dem "Centre" zukommen zu lassen. Die auf dem Verkauf erhobene Umsatzsteuer zehrte jedoch den Profit auf. Das Politische Departement und das Departement des Innern sollten vereinbaren, dass der Bund 20'000 Fr. leiste. Die Stadt Genf hat die Villa Moynier zu einem sehr niedrigen Mietzins von jährlich Fr. 6'000.- dem "Centre" zur Verfügung gestellt. Der Kanton könnte aufgefordert werden, auch etwas zu leisten. Er wird es auch tun, wenn der Bund mit dem guten Beispiel vorangeht. Das "Centre", das 14 - 15 Personen beschäftigt, hat jährliche Ausgaben von 340'000 Fr. Besonders heute, wie Herr Dietschi angesichts der Petition zur Teilnahme am Europarat bemerkt, sollte der Bund etwas auf europäischem Gebiet tun.

Herr Bretscher dankt der Subkommission. Er stellt drei Anträge zur Diskussion :

- 1) Für die eidg. Räte bestimmter Bericht über die Unesco-Kommission.
- 2) Abschluss kultureller Verträge.
- 3) Beitrag an das "Centre européen de la culture".

M. Petitpierre: En ce qui concerne le rapport de la Commission suisse de l'Unesco, il conviendrait que celle-ci l'adresse

au Département politique qui le soumettrait au Conseil fédéral pour transmission aux Chambres. La Commission des affaires étrangères pourrait présenter dans ce sens un postulat que le Conseil fédéral accepterait.

Les accords culturels posent de grands problèmes. Je ne pense pas que nous pourrions toujours maintenir une opposition de principe. Nous ne pouvons pas nous laisser paralyser par des considérations justifiées à l'époque du national-socialisme et du fascisme. Le Département de l'intérieur ne s'est pas jusqu'ici départi d'une attitude négative. La Commission pourrait charger le Département politique d'examiner le problème avec le Département de l'intérieur. En cas de désaccord, le Conseil fédéral trancherait la question.

Pour ce qui a trait au Centre européen de la culture, le Département politique transmettra au Département de l'intérieur la proposition de la Commission des affaires étrangères et le priera de solliciter l'octroi d'une subvention.

Je remercie la sous-commission d'une activité d'autant plus féconde qu'en Suisse on a tendance à sous-estimer l'importance des questions culturelles.

Herr Dietschi: Das Hauptziel der Subkommission war die Erlangung des 500'000 Fr.-Beitrages an Pro Helvetia, für deren Aktion im Ausland. Ich bin von Haus aus kritisch eingestellt gegenüber der "Kulturwerbung". Angesichts der Bestrebungen ausländischer Staaten liess ich mich jedoch überzeugen, dass auch wir tätig sein müssen. Dann aber sollen die Aufwendungen für Aus- und Inland im Gleichgewicht sein. Die Kulturwerbung darf sich nicht in Publikationen erschöpfen, sondern sollte auch in der Unterstützung schweizerischer Künstler im Ausland bestehen. Es wäre mir am liebsten, wenn das Schwergewicht dieser Aktion in Europa liegen würde, doch habe ich mich dem Argument gefügt, dass diese Aktion anderswo noch nötiger ist. Ich begrüsse umso mehr den in Aussicht genommenen Beitrag an das "Centre Européen de la Culture", dessen Einrichtungen einen sehr guten Eindruck auf mich machten. Der Koordination sämtlicher Bestrebungen muss alle Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ich danke Herrn Oprecht noch für seine Führung der Subkommission.

Herr Frei: Ich begrüsse den Vorschlag betreffend die Unesco-Kommission sehr. Der Abschluss kultureller Verträge ist sehr wünschenswert, doch dürfte er auf Schwierigkeiten stossen wegen des kulturellen Foederalismus der Schweiz. Man sollte mit Deutschland und Oesterreich den Kampf aufnehmen gegen die Schundliteratur und mit diesen Ländern trachten, das gute Jugendbuch zu fördern. Die Herabsetzung des Inlandbeitrages an Pro Helvetia auf 400'000 Fr. ist sehr bedauerlich.

Herr Bretscher: Die aussenpolitische Kommission ist nicht zuständig für die Höhe des Beitrages an Pro Helvetia. Wir können uns nichtsdestoweniger für die Parität einsetzen. Wir sind uns einig, dass das Politische Departement einen Bericht von der schweizerischen Unesco-Kommission anfordert.

M. Petitpierre: Le rapport de la Commission nationale comprendra tous les deux ans le compte rendu de la Conférence générale de l'Unesco.

Herr Oprecht möchte auf ein Postulat verzichten, wenn das Politische Departement das Nötige veranlasst.

M. Petitpierre: Le Département politique est prêt, sans postulat, à faire une proposition au Conseil fédéral en vue de demander un rapport annuel à la Commission nationale de l'Unesco.

Herr Bretscher: Diese Frage ist somit geregelt. Bezüglich des "Centre européen" leitet das Politische Departement den Antrag der Kommission an das Departement des Innern weiter, das dem Bundesrat Antrag stellt. Der Kanton Genf ist von der getroffenen Regelung zu verständigen.

Herr Koenig referiert über die Frage der kulturellen Beziehungen der Schweiz zu den Oststaaten. Der Wunsch der Sowjetunion nach engeren kulturellen Beziehungen mit der Schweiz ist neueren Datums. Vorerst bemühte sie sich, die Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion und die Friedensbewegung in den Kulturaustausch einzuschalten. Das Politische Departement hat der sowjetrussischen Gesandtschaft bedeutet, dieses Vorgehen sei unerwünscht. In den letzten zwei Jahren fand eine Reihe von Besuchen russischer Künstler und Kulturvertreter in der Schweiz sowie von schweizerischen Reisegruppen und Einzelpersonen in der Sowjetunion statt. Im November 1954 veranstaltete die offizielle russische Kulturorganisation im Beisein des schweizerischen Gesandten in Moskau eine Gedenkfeier zum 100sten Todestage Jeremias Gotthelfs. Die Stiftung Pro Helvetia hat auf Wunsch der gleichen Organisation einige Dokumentarfilme, eine Reihe von Büchern und Schallplatten mit Schweizermusik nach der Sowjetunion geschickt. Im Gegensatz zu solchen Möglichkeiten, schweizerische Kultur in der Sowjetunion bekannt zu machen, steht die Veröffentlichung einer die Schweiz verunglimpfenden Broschüre durch einen staatlichen Verlag. Seit 1954 bemüht sich der Kulturattaché der sowjetrussischen Gesandtschaft in Bern darum, den Kulturaustausch auf offizieller Grundlage in Gang zu bringen. Es wurde ihm im politischen Departement bedeutet, dass es der Bundesverwaltung nicht möglich ist, die kulturellen Kontakte zu organisieren. Einige Wissenschaftler haben teilweise im Einvernehmen mit dem politischen Departement Einladungen zu Reisen nach der Sowjetunion angenommen und die beruflichen Kontakte nach ihrer Rückkehr als interessant bezeichnet. Die Bemühungen des Kulturattachés, schweizerische Künstler nach der Sowjetunion zu verpflichten, haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt.

Auch die übrigen Oststaaten lassen es sich angelegen sein, die kulturellen Beziehungen mit der Schweiz zu beleben. Auf dem Gebiete des Sports finden zwischen der Schweiz und den Oststaaten Begegnungen statt. In den andern Ländern des Westens ist die östliche "Kulturoffensive" ebenfalls festzustellen. Im allgemeinen verhalten sich die Regierungen, besonders der kleineren Länder, eher reserviert. An der Genferkonferenz der Aussenminister der vier Gross-

mächte ist die Frage der westöstlichen Kontakte besprochen worden. Die von den Westmächten vorgelegten 17 konkreten Vorschläge für einen freieren Austausch von Gedanken und Informationen sind von der Sowjetunion abgelehnt worden.

Vom Standpunkt der Ethik aus, die unter Kultur die Entfaltung der sittlichen Kräfte des Menschen versteht, erscheinen kulturelle Kontakte mit Vertretern der kommunistischen Doktrin als Widersinn, da diese Lehre nur den Materialismus anerkennt und das religiöse Gefühl bekämpft. Trotzdem ist anzunehmen, dass sich in den Völkern des kommunistischen Machtbereichs ein Drang nach Kultur in dem von uns verstandenen Sinne regt. Er wird aber in seiner Entfaltung gehemmt. Auf einer anderen Ebene liegt der wissenschaftlich-technische Austausch. Hier ist der Nutzen offensichtlich.

Die Ostländer betrachten den Kulturaustausch als Mittel der Politik, während der Westen an freie Kontakte ohne Einmischung des Staates denkt. Es besteht ein Missverhältnis zwischen dem, was der Ostblock im Westen ausrichten kann und den geringen Einwirkungsmöglichkeiten des Westens im kommunistischen Machtbereich. Die Hoffnung des Westens, sein Gedankengut durch den Kulturaustausch in den kommunistischen Machtbereich hineinzutragen, ist skeptisch zu beurteilen.

Für die Schweiz hat die Frage der kulturellen Beziehungen zu den Ostländern vor allem einen innenpolitischen, aber auch einen aussenpolitischen Aspekt. Die Neutralitätspolitik schliesst eine schreffe Ablehnung des Strebens der Sowjetunion nach kulturellen Beziehungen aus.

Die Beurteilung der kulturellen Beziehungen mit den Ostländern ist zwiespältig. Es hat sich eine gewisse Praxis herausgebildet, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Der Kulturaustausch mit den Ostländern spielte sich bis jetzt in der privaten Sphäre ab. Gegenüber den östlichen Vorstellungen zeigten sich die Behörden zwar nicht verschlossen, aber doch zurückhaltend.

Herr Oprecht: Das Politische Departement hat richtig gehandelt, indem es den sowjetischen Kulturattaché auf die Unerwünschtheit einer Vermittlung des Kulturaustausches durch politisch gefärbte Organisationen aufmerksam machte. Man kann sich fragen, ob die kulturellen Beziehungen mit den Oststaaten der privaten Sphäre überlassen werden können. So erkundigte sich zum Beispiel das Zürcher Stadttheater in Bern, ob Bedenken gegen Vorstellungen der Peking-Oper vorliegen würden. Die Antwort lautete: "Dies ist Eure Sache". Nun sollte man in Bern den Mut aufbringen, eine Meinung zu äussern. Ein bekannter Kunstphotograph bietet ein weiteres Beispiel: Er hätte Gelegenheit gehabt, für den Verlag Conzett & Huber Gemälde des Petersburgers Ermitage-Museums zu photographieren. Er sah davon ab, als das Departement des Innern nicht bereit war, ihn zu decken.

Es geziemt sich auch nicht, dass wir uns allzu sehr mit der abendländischen Kultur brüsten. Es gibt ebenso wertvolle Kulturen in andern Ländern, daher drängt sich ein Austausch auf,

M. Petitpierre: Je veux revenir sur un point soulevé par M. Oprecht: Quelle est la valeur, quels sont les effets des échanges culturels avec l'Est ? Je n'ai pas encore résolu cette question. La réunion à Genève des quatre ministres des affaires étrangères a confirmé que l'Union soviétique n'entendait pas ouvrir librement ses frontières. Je considère notre régime démocratique comme supérieur aux régimes autoritaires. En conclure que les échanges culturels doivent par conséquent tourner à notre avantage, ne serait justifié que si les visiteurs de l'URSS en Suisse n'étaient pas choisis par les autorités soviétiques et prévenus contre tout ce qui se fait à l'étranger dans une ligne non communiste.

Sur les plans artistique, scientifique et sportif, les échanges ne présentent pas de danger. Il en va autrement des voyages organisés en groupes.

La réserve du Département politique est justifiée. J'ignore si réellement on a refusé d'avaliser les représentations de l'Opéra de Pékin. Pour ma part, j'aurais donné mon approbation. En revanche, lorsqu'on nous demande conseil sur l'opportunité d'un voyage, nous devons en laisser la responsabilité aux intéressés.

Herr Bretscher: Wie Herr Oprecht sagte, handelt es sich in der Tat um eine politische Frage, nachdem die Problematik in bezug auf andere Staaten gar nicht existiert. Die kommunistische Kultur ist zweckgebunden. Als Waffe ist sie seit Stalins Tod sichtbar geworden. Die Zurückhaltung des Politischen Departements halte ich für richtig. Der Austausch von Musikern, Choreographen und Malern ist harmlos.

Herr Dietschi teilt die Auffassung von Herrn Bretscher. Der Staat soll den Bürger nicht beeinflussen; dieser muss die Verantwortung tragen. Das Kriterium des Politischen Departements soll sein: "Ist die Sache rein kulturell oder ist sie politisch gefärbt?" Ich empfehle eine empirische, aufgeschlossene Zurückhaltung.

M. de Courten: La conception soviétique est celle d'un Etat totalitaire qui cherche à nous influencer. Aussi longtemps qu'une évolution ne se dessine pas à l'Est, nous n'avons pas lieu de modifier la réserve de notre attitude qui correspond bien à la volonté populaire.

Herr Bretscher: Ich habe Verständnis für Herrn Oprecht. Man soll die Leute nicht immer entmutigen. Man könnte erklären, dass die Kontakte und der freie Austausch zu begrüßen sind.

M. Petitpierre: Il faut juger de cas en cas, donner des conseils quand nous le pouvons, encourager les occasions où la culture est réellement en jeu et demeurer sur la réserve à l'égard des voyages en groupes, même quand les organisateurs sont des personnes bien intentionnées.

M. Micheli: Nous encourageons la réalisation de certains projets. Lorsque les Intérêts de Genève songèrent à faire venir le Ballet Bereska, des difficultés surgirent; nous sommes intervenus

avec succès auprès de la Légation de l'URSS. Nous avons encouragé le professeur Scherrer d'accepter une invitation soviétique et avons fait de même à l'égard du professeur de Baumont. Une maison d'édition de Neuchâtel s'est mise à l'oeuvre pour publier un ouvrage sur l'URSS, projet que nous avons appuyé.

Herr Bretscher: Die Kommission ist somit mit einer "aufgeschlossenen Zurückhaltung", beziehungsweise mit einer "zurückhaltenden Aufgeschlossenheit" einverstanden!

Schluss - Fin : 20.05

24. XI. - Beginn - Début : 08.15

M. Petitpierre passe en revue les plus récents événements politiques en Amérique du Sud et en France, analyse la position économique et financière du Royaume-Uni, la situation au Moyen-Orient, les résultats de la Conférence de Genève, les relations de certaines grandes Puissances entre elles. Passant à la Suisse, M. Petitpierre fait rapport sur le règlement des litiges avec la France, sur la situation en Corée, la reconnaissance de la neutralité autrichienne. Il évoque le problème des Suisses victimes de la guerre et annonce deux messages à l'Assemblée fédérale, qui n'en sera toutefois pas saisie durant la Session de décembre, sur l'ouverture de nouvelles légations et sur la création d'ambassades.

En 1956, la Commission pourrait discuter une fois de nouveau des problèmes tels que l'adhésion éventuelle de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies ou à des organisations européennes. Le Chef du Département politique se félicite des rapports de confiance qui n'ont cessé d'exister entre le département et la Commission. Il remercie celle-ci de l'intérêt qu'elle lui a toujours manifesté.

Herr Bretscher wiederholt seinen Dank an die Kommissionsmitglieder, insbesondere an die scheidenden. Er dankt Herrn Petitpierre für die enge Zusammenarbeit in aussenpolitischen Fragen zwischen dem Bundesrat und dem Parlament.

Herr Schmid: Die Sowjetunion kann es nicht auf sich nehmen, einen Krieg vorzubereiten. Die Sowjetvölker stehen nur hinter der Regierung, wenn das Land von aussen angegriffen wird. Bloss eine Aggression von aussen entfesselt die nationalen Kräfte und macht das Land stark.

Herr Bretscher ist mit der Schilderung des Herrn Petitpierre durchaus einverstanden. Die jüngste Genfer Konferenz war insofern wertvoll, als sie Illusionen zerstörte. Die Erhaltung des status quo wird heute de facto durch die Wasserstoffbombe garantiert. Es gelang aber den Sowjets nicht, eine rechtliche Anerkennung des status quo durch den Westen zu erwirken. Das Spiel lässt sich mit einer Schachpartie vergleichen, bei welcher die Teilnehmer mögeln. Der auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmende Westen ist dabei

im Nachteil. Auf internationale Ereignisse reagiert die schweizerische Öffentlichkeit nüchtern, mit Ausnahme vielleicht der Westschweiz.

Die österreichische Neutralität ist für uns sehr interessant. Eine Dokumentierung über das Entstehen des Staatsvertrages und des Neutralitätsgesetzes wäre der Kommission sehr erwünscht. Auch das Bestreben Oesterreichs, den Vereinten Nationen beizutreten, muss genau verfolgt werden: Wird die Neutralität in die Charta eingebaut und bejahendenfalls auf welche Weise? Ein allfälliger Beitritt der Schweiz dürfte in keinem Zusammenhang mit demjenigen Oesterreichs stehen.

Herr Frei: Schweizerische Jugendorganisationen befürworten den Beitritt zum Europarat. Diese ernst zu nehmende Bewegung soll nicht einseitig informiert werden: der Bundesrat sollte zu einer Stellungnahme bewegt werden, zum Beispiel in Form einer Interpellation.

Herr Bretscher erinnert an die Interpellation Borel und an die Antwort des Herrn Petitpierre.

M. Petitpierre: Je suis d'accord avec M. Schmid. L'histoire démontre que les Russes se sont toujours défendus avec courage et opiniâtreté quand ils étaient attaqués et que leur pays était en danger. Ils semblent en revanche ne pas être des conquérants, et leur gouvernement ne pourrait guère s'offrir le luxe de préparer une guerre de conquête.

Je prends note de la suggestion relative à l'Autriche. Une étude comparative des deux neutralités serait intéressante. L'Autriche désire adhérer aux Nations Unies qui semble-t-il ne veulent pas pour l'instant lui accorder un statut spécial. Il n'est pas non plus certain que l'Union soviétique appuierait la candidature de l'Autriche sans poser des conditions. Je suis également d'accord avec M. Frei que les questions relatives au Conseil de l'Europe devraient être réexaminées. On pourrait songer par exemple à faire une conférence à l'intention des organisations de jeunesse.

Herr Bretscher: Eintreten auf Punkt 2 der Tagesordnung ist beschlossen und dem Nationalrat wird die Annahme der Vorschläge des Bundesrates empfohlen. Deutschsprachiger Referent werde ich selber sein. Je nachdem werde ich erklären, warum es keinen französischsprachigen Referenten gibt.

Schluss - Fin : 10.15